



Korruption und Vetternwirtschaft

Die Slowakei in der politischen Systemkrise

RADOVAN GEIST

April 2018

- Der Doppelmord an dem Investigativjournalisten Jan Kuciak und seiner Verlobten Martina Kušnírová Ende Februar 2018 löste überraschend eine Regierungskrise aus. Die größten Protestmärsche seit 1989, auf denen eine »anständige Slowakei« und Neuwahlen gefordert wurden, führten erst zum Rücktritt von Innenminister Robert Kaliňák und schließlich auch von Ministerpräsident Robert Fico.
- Mit seinem Rücktritt konnte Fico Neuwahlen verhindern und den Weg freimachen für die Umbildung des Kabinetts unter seinem Nachfolger Peter Pellegríni. Gleichwohl bleibt Robert Fico, der seit 2006 mit einer zweijährigen Unterbrechung das Amt des Regierungschefs bekleidete, Vorsitzender der zur Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) gehörenden Smer-SD.
- Auslöser der politischen Krise war nicht nur die vermutlich hinter dem Mord stehende Enthüllungsgeschichte Kuciaks, die eine enge Verbindung der kalabrischen Mafia in höchste Regierungskreise aufzeigt, sondern die systemimmanente Verquickung von dubiosen Geschäftemachern, Politikern und der Polizei sowie ein schwacher Rechtsstaat.
- Die Proteste gehen weiter und es ist nicht ausgeschlossen, dass es im Laufe des Jahres doch noch zu Neuwahlen kommen könnte. Umfragen zufolge müssten die Sozialdemokraten mit erheblichen Verlusten rechnen, während insbesondere die konservativ-nationalistischen sowie rechtsextremen Parteien vermutlich an Zustimmung gewinnen würden. Offen ist indes, welche Parteien das Spektrum der Mitte-Links-Wähler_innen ansprechen könnten.

Der Auslöser der Krise: Doppelmord an Jan Kuciak und Martina Kušnírová

Am 25. Februar 2018 entdeckte die Polizei den Doppelmord an Jan Kuciak und seiner Verlobten Martina Kušnírová. Sie waren einige Tage vorher in ihrem Haus ermordet worden, auf eine Art und Weise, die auf einen professionell durchgeführten Auftragsmord schließen ließ. Am nächsten Morgen erfuhr auch die Öffentlichkeit von dem Verbrechen. Die Polizei teilte direkt am Anfang ihrer Ermittlungen mit, dass der Mord mit der journalistischen Enthüllung von Jan Kuciak zusammenhängen könnte. Nach und nach wurden drei mögliche Motive diskutiert:

- Ein Zusammenhang mit Kuciaks Berichten zur mutmaßlichen Steuerhinterziehung des umstrittenen Unternehmers Marián Kočner und dessen Verbindungen zu den politischen Spitzen der Regierungspartei Smer-SD und zu einigen Vertretern der Opposition, darunter Richard Sulík, Vorsitzender der Partei SaS (»Freiheit und Solidarität«). Kuciak wurde im Herbst 2017 vom Kočner ganz offen bedroht, die Polizei legte die Ermittlungen jedoch auf Eis.
- Eine Verbindung zu Kuciaks Artikel über den Missbrauch von EU-Agrarsubventionen im Osten der Slowakei durch Personen, die nachweislich mit der süditalienischen Mafia 'Ndragheta in Verbindung stehen, die wiederum Kontakte zu Vertreter_innen der Regierungspartei Smer-SD gehabt haben sollen. Kuciak war kurz davor gewesen, diesen Artikel zu veröffentlichen. Nach dem Mord veröffentlichten ihn seine Kollegen.
- Eine Verbindung mit einer nicht näher benannten Recherche Kuciaks über illegale Aktivitäten innerhalb der slowakischen Justiz und über deren Verbindung zur organisierten Kriminalität.

Das genaue Mordmotiv ist bis heute nicht bekannt (die erste und die dritte Möglichkeit wurden als unwahrscheinlich abgetan, man konzentriert sich auf das zweite Motiv, die Ermittlungen sind jedoch noch im Gange), aus politischer Sicht ist es auch zweitrangig. Für die Konsequenzen war nämlich der weitere Kontext der Tat wesentlich:

- Feindseligkeit gegenüber Journalist_innen: Das Verhältnis Robert Ficos und seiner Regierung zu den Me-

dien ist seit längerem angespannt. Der Ministerpräsident wurde wiederholt beschuldigt, eine giftige und feindselige Atmosphäre den Medien gegenüber geschaffen zu haben (beispielsweise wurde eine Aussage Ficos genannt, in der er die Journalist_innen als »dreckige, anti-slowakische Prostituierte« beschimpfte).

- Mafiamorde: Bereits in der Vergangenheit traten die Probleme der Slowakei mit der organisierten Kriminalität durch Auftragsmorde und Mafiahinrichtungen zutage. Der Beitritt zur EU sollte jedoch unter diese Zeit einen endgültigen Schlussstrich ziehen. Eine der wichtigsten Parolen der dritten Regierung Ficos war die Erhaltung eines »normalen Landes« und Schutz »vor Extremen«. Der Mord an dem Journalisten und seiner Verlobten, die Hinweise auf die Mafiapraktiken in der Slowakei und die Verbindungen der organisierten Kriminalität zur politischen Macht haben dieses Bild jedoch vernichtet.
- Missbrauch von EU-Mitteln: Der Missbrauch von europäischen Subventionen als Quelle des politischen Einflusses ist in der Slowakei ein offenes Geheimnis, ebenso dessen Deckung durch die Politik. Der Missbrauch wurde in der öffentlichen Diskussion zwar kritisiert, im Grunde jedoch akzeptiert. Die mutmaßliche Verbindung zu der Mafia und dem Doppelmord rückten jedoch dieses Problem in ein neues Licht und unterstrichen seine Gefährlichkeit.
- Korruption und ihre politische Vertuschung: Das Verhältnis der Öffentlichkeit zur Korruption und ihrer politischen Vertuschung war größtenteils von ähnlicher Resignation geprägt. Der Schriftsteller und Journalist Martin Milan Šimečka beschrieb die veränderte Situation beim ersten Protestmarsch nach dem Doppelmord in Bratislava so: »Noch bis zur letzten Woche konnten wir denken, dass die Korruption ein widerlicher Parasit der Demokratie ist. Jetzt wissen wir bereits, dass die Korruption auch töten kann«.

Der Fall Robert Ficos

Der Mord an den beiden jungen Menschen barg für die Regierung, und vor allem für die Partei Smer-SD, von Anfang an das Risiko einer ernsthaften Krise. Dazu trug bei, dass die Assistentin und Beraterin von Robert Fico, Mária Trošková, ehemals Geschäftsteilhaberin und Partnerin von Antonino Vadala war. Laut Kuciaks Artikel

fungierte Vadala als Verbindungsglied zu der süditalienischen Mafia 'Ndragheta und war auch in den Missbrauch der europäischen Subventionen verwickelt. Den Ruf nach einer Aufklärung des Mordes verbanden die politische Opposition, die parteilosen Organisatoren der Proteste, aber auch Vertreter_innen der Koalitionspartei Most-Híd sehr schnell mit der Forderung nach dem Rücktritt von Innenminister Robert Kaliňák, später wurde der Rücktritt der ganzen Regierung gefordert. Eine Woche nach der Entdeckung des Mordes verlangte Staatspräsident Andrej Kiska politische Konsequenzen. Ministerpräsident Robert Fico versuchte daraufhin seine Kritiker_innen zu diskreditieren. Er beschuldigte die Opposition, den Mord politisch zu missbrauchen. Präsident Kiska und den Organisatoren der Proteste warf er einen von George Soros unterstützten Putschversuch vor. Er versuchte sogar die Menschen von der Teilnahme an den Protestmärschen abzubringen, indem er mutmaßte, die Proteste sollten zu einem tätlichen Angriff auf den Regierungssitz genutzt werden.

An den Protestmärschen nahmen jedoch so viele Menschen teil wie zuletzt im Jahr 1989. Dem dadurch entstandenen politischen Druck gab schließlich die Koalitionspartei Most-Híd nach. Nachdem sich diese für vorgezogene Neuwahlen entschied, wurde der Manövrierraum des Ministerpräsidenten und seiner Partei Smer-SD immer enger. Am Ende nutzten sie die wahrscheinlich einzige Möglichkeit, sowohl den Verlust der Mehrheit im Parlament als auch Neuwahlen zu vermeiden: Robert Fico bot seinen Rücktritt an und erhielt von Präsident Kiska das Versprechen, einen Vertreter der Partei Smer-SD mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Am 15. März reichte Ministerpräsident Robert Fico seinen Rücktritt ein und Präsident Kiska beauftragte den bisherigen Vize-Regierungschef Peter Pellegríni mit der Regierungsumbildung. Dieser Schritt reichte den Protestierenden jedoch nicht; am darauffolgenden Tag forderten sie den Rücktritt der gesamten Regierung. Den ersten Vorschlag Pellegrínis zur Kabinettsbildung lehnte Präsident Kiska ab, da der Kandidat für das Amt des Innenministers Robert Fico und dem zurückgetretenen Innenminister, Robert Kaliňák, zu nahe stand. Wenige Tage später präsentierte Pellegríni einen neuen Vorschlag, woraufhin Präsident Kiska am 23. März die neue Regierung ernannte. Neuer Innenminister ist der bisherige Gesundheitsminister Tomáš Drucker; an seine Stelle rückt die bisherige Staatssekretärin Andrea Kalavská. Der Präsident hätte die Regierungsumbildung verzögern und theoretisch auch Neuwahlen ausrufen

können. Er entschied sich jedoch für eine Entspannung der Situation. Pellegríni konnte so im Parlament die Vertrauensfrage stellen, die er am 27. März mit 81 Jastimmen und 61 Gegenstimmen gewann. Pellegríni gilt als enger Weggefährte Ficos. Er versprach aber eine lückenlose Aufklärung bei der Frage der Verbindung von Mitarbeiter_innen in der Regierung zum organisierten Verbrechen.

Die strukturellen Ursachen der Krise

Der Regierungssturz kann als Ergebnis unerwarteter Ereignisse erscheinen: erstens der Doppelmord, zweitens die misslungene Kommunikation des Ministerpräsidenten (von der geschmacklosen Pressekonferenz mit einer Million Euro Bargeld auf dem Tisch neben dem Ministerpräsidenten über die Bemühungen um Bagatellisierung der Proteste bis zu deren Diffamierung durch Mutmaßungen über Verbindungen zu George Soros) und drittens der wirksame Druck des Präsidenten.

Die Krise ist jedoch auch eine Kulmination von langfristigen, mit der Struktur der slowakischen Politik und Wirtschaft zusammenhängenden Phänomenen. Robert Fico und seine Partei Smer-SD haben diese vielleicht nicht erschaffen, sondern von den vorherigen Regierungen geerbt. In zwölf Jahren an der Macht (mit zweijähriger Unterbrechung) haben sie jedoch geholfen, diese Strukturen zu erhalten und in manchen Aspekten sogar zu vertiefen. Sie selbst haben diese Strukturen zum Erhalt der politischen Macht und für wirtschaftliche Gewinne genutzt. Die pathologischen Phänomene, die in den letzten Wochen so deutlich zutage traten, sind weder eine Abweichung vom »Normalzustand« noch ein Ausdruck der stockenden Modernisierung und Europäisierung des Landes, sondern ein untrennbarer Bestandteil des Systems. Missbrauch von öffentlichen Geldern zum Kauf oder zur Belohnung der politischen Loyalität und ein hohes Maß an Korruption sind Teile dieses Systems. Die einzelnen Auswirkungen können unterschiedlich ausfallen: vom Platzen »eigener Leute« auf öffentlichen Posten über den privilegierten Zugang zu Informationen (beispielsweise über bevorstehende öffentliche Auswahlverfahren) oder manipulierte Auftrags- und Fördermittelvergaben bis zur unvollständigen Ermittlung mancher Kriminalfälle (zum Beispiel Betrügereien bei der Mehrwertsteuer).

Nachdem die zweite Regierung von Mikuláš Dzurinda (2002–2006) praktisch die Privatisierung des Staatsvermögens zu Ende führte, wurde das System durch öffentliche Ausschreibungen, finanziert größtenteils durch EU-Fördermittel, am Laufen erhalten. Unter den einheimischen Geschäftsleuten entstand eine politisch einflussreiche Gruppe mit engen Verbindungen zu politischen Parteien. Unternehmerische Aktivitäten dieser Gruppe profitierten von privilegiertem Zugang zu den öffentlichen Investitionen, die für den Ausbau von Transport-, Informations- und Kommunikationstechnologien sowie für die rückständigen Regionen und die Landwirtschaft bestimmt waren. Dementsprechend formte sich der Charakter der slowakischen politischen Parteien aus: Mehrheitlich funktionieren sie wie managergeführte Gruppen, die ihre wirtschaftlichen Aktivitäten durch ihre politische Macht schützen. Sie zeichnen sich durch schwache Mechanismen der innerparteilichen Demokratie und undurchsichtige Finanzierung aus.

Endemische Korruption und Missbrauch von öffentlichen Geldern gibt es aufgrund der ineffektiven Behörden auch im Bereich der Rechtsdurchsetzung (Polizei, Staatsanwaltschaft, Gerichte). Die Europäische Kommission stellte in ihrem EU Justice Scoreboard im Februar 2017 zwar Verbesserungen bei der Qualität der slowakischen Justiz fest. Gleichzeitig wurde jedoch darauf hingewiesen, dass die Verhandlungsdauern zu den längsten in Europa gehörten (problematisch sind vor allem Zivil- und Handelsstreitigkeiten) und auch die Zahl der nicht abgeschlossenen Fälle hoch sei. Hinsichtlich der wahrgenommenen Unabhängigkeit der Justiz bildete die Slowakei das Schlusslicht der EU. Die Europäische Kommission wies auch auf die mangelnde Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft und der Polizei hin und bemängelte die unzureichende Transparenz und Verantwortung der Öffentlichkeit gegenüber. Da der Polizeidirektor und die Polizeiinspektion vom Innenminister ernannt werden, unterstehen sie ihm und nicht der Regierung als Ganzem, was die Unabhängigkeit der Polizei beeinträchtigt. Das kann die Ermittlung in Fällen behindern, die besonders sensibel sind oder die die Korruption an höchsten Stellen betreffen.

Scheinbare Stabilität

An der Oberfläche funktioniert alles ordnungsgemäß: Die Slowakei verfügt über Gesetze, die den Rechtsstaat schützen, und über Mechanismen, die der Strafverfol-

gung dienen. Die tatsächliche Durchsetzbarkeit des Rechts ist jedoch schwach, vor allem bei politisch sensiblen Fällen. Es gibt viele Anzeichen: Obwohl das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) wiederholt auf den möglichen Missbrauch von EU-Geldern hingewiesen hatte, ermittelten die slowakischen Behörden nur in einzelnen Fällen. Wenngleich es jede Menge Beschuldigungen gab, kam kaum einer der Korruptionsfälle, der die herrschenden politischen Kreise betraf, vor Gericht. Transparency International bewertete im Jahr 2017 den Kampf gegen Korruption in der Slowakei. Demnach stellten Politiker_innen lediglich ein Prozent der Verurteilten in Korruptionsfällen. Von 2014 bis 2017 war der hochrangigste Politiker, der wegen Korruption verurteilt wurde, der Bürgermeister eines 1.628-Seelen-Dorfes, der die Lokalabgeordneten korrumpiert hatte. Er wurde zu einer zweijährigen Bewährungsstrafe verurteilt. Unter den Beschuldigten waren vorwiegend ganz normale Leute, die geringe Bestechungssummen gezahlt hatten; lediglich knapp über ein Viertel bildeten in der Öffentlichkeit stehende Personen. Dem entsprach auch der finanzielle Umfang der verfolgten Fälle: In 40 Prozent ging es um Bestechung in Höhe von weniger als 100 Euro, in 59 Prozent um Summen unter 500 Euro. Der ehemalige Innenminister Robert Kaliňák bezeichnete diese Erkenntnisse damals als Beweis, dass es »an den höchsten Stellen keine Korruption gibt«. Schon damals trauten ihm nur wenige. Auch wenn die slowakische Regierung der Korruption lautstark den Kampf erklärte, wiesen internationale Behörden wie OLAF und die Europäische Kommission wiederholt auf mangelnde Fortschritte hin. In der Bewertung des letzten Europäischen Semesters wurde die Korruptionsbekämpfung von der Europäischen Kommission als einer der Bereiche genannt, in denen die Slowakei bei der Umsetzung der Empfehlungen keinen Fortschritt erreicht hatte. Kritisiert wurde damals auch der politische Einfluss des Innenministeriums auf die Polizeidirektion.

Die wichtigsten Parolen der dritten Regierung Ficos waren »Stabilität« und »Schutz vor Extremen« – Schutz vor der extremen Rechten, vor den Antisystemparteien sowie vor Politiker_innen, die die Slowakei weit vom europäischen politischen Mainstream wegführen wollen. Die Fakten, die durch den Mord an Jan Kuciak und Martina Kušnírová an die Oberfläche kamen, waren wahrscheinlich nicht ganz neu. Der Umfang der Verbindungen und die Umstände der Tat zeigen jedoch, zu welchem Ausmaß diese »Normalität« nur eine Fassade ist, hinter

der eine allmähliche Kaperung des Staates durch Wirtschaftsgruppen mit Verbindungen in die Politik und mit höchster Wahrscheinlichkeit auch in das internationale und inländische organisierte Verbrechen stattfindet.

Auch manche anderen politischen Parteien haben eigene »Oligarchen« und »Sponsoren«. Verdächtige Kontakte oder eine fragwürdige Vergangenheit weisen auch Politiker_innen der Opposition aus. In zehn der letzten zwölf Jahre standen jedoch Robert Fico und die Partei Smer-SD an der Spitze dieses Systems; daher wurden sie Ziel des öffentlichen Unmuts. Smer-SD setzte als Regierungspartei einige Punkte eines sozialdemokratischen Programms um: Erhöhung des Mindestlohns, Verschärfung des Arbeitsgesetzbuchs, Einführung der Dividendenbesteuerung u. a. Gleichzeitig verkündete sie – zumindest auf der formellen Ebene – Interesse an der Vertiefung der europäischen Integration. Korruption, Verflechtung der Politik mit der organisierten Kriminalität und die Bedrohung des Rechtsstaats überschatteten jedoch alle anderen Ergebnisse der Regierungen unter Robert Fico. Sinkende Zustimmungsraten für ihn und seine Partei um fünf Prozentpunkte deuten darauf hin, dass dies nicht nur die Protestierenden, sondern auch die (potenziellen) Wähler_innen so beurteilen.

Neues Vertrauen durch Regierungsumbildung?

Ministerpräsident Fico hat, im Bestreben nach einer Lösung der politischen Krise ohne Neuwahlen, seinen Rücktritt eingereicht. Robert Kaliňák war bereits vorher auf Druck zurückgetreten, ausgetauscht wurden auch einige andere Minister_innen. Für die Kritiker_innen – von der politischen Opposition bis zu den parteilosen Organisatoren der öffentlichen Proteste – ist dies jedoch viel zu wenig und viel zu spät. Ein Grund für diese Skepsis ist die Trägheit, mit der die Regierungskoalition (vor allem die Smer-SD) auf die Proteste reagierte. Wären Innenminister Kaliňák sowie der Polizeipräsident bereits in den ersten Tagen nach der Ermordung des Journalisten zurückgetreten, hätte dies die Proteste eindämmen können. So jedoch wuchs die Unzufriedenheit der Protestierenden, die schließlich Neuwahlen forderten.

Die Öffentlichkeit nahm die Art der »Veränderungen« sehr aufmerksam auf: Ihr entging nicht, wie Fico deutlich machte, dass er nicht gedenke, auf politischen Einfluss

zu verzichten. Sein Rücktritt als Ministerpräsident wurde demnach in erster Linie als ein politischer Schritt verstanden, der ihn vor einem gänzlichen Machtverlust bewahren sollte. Er sollte durch einen zweitrangigen Parteivertreter ersetzt werden. Fico bleibt der Vorsitzende der Smer-SD, seine Macht verlagert sich vom Regierungsamt in die Parteizentrale. Zum wichtigsten Entscheidungs- und Machtorgan wird der sogenannte Koalitionsrat werden – eine informelle Gruppe der Vorsitzenden der einzelnen Koalitionsparteien. Obschon Robert Fico zwar sein Regierungsamt verloren hat und dadurch auch einen Teil des medialen Kommunikationsraumes, kann er jedoch den ihm zur Verfügung stehenden Raum zur Konsolidierung des Rückhalts der Partei Smer-SD bei ihren Kernwähler_innen nutzen.

Zum Rücktritt Ficos gab es praktisch keine echte Alternative. Hätte er diesen Schritt nicht gemacht, wäre der politische Druck weiter gestiegen: Es waren bereits Unterschriften für eine Verkürzung der aktuellen Legislaturperiode gesammelt worden. Für die Abhaltung eines entsprechenden Referendums wären 350.000 Unterschriften nötig gewesen. Das Referendum zu gewinnen hätte wiederum mindestens 50 Prozent der Stimmen erfordert. Dies ist in der Slowakei erst einmal gelungen: bei dem Referendum über den Eintritt in die EU. Ohne den Rücktritt Ficos wäre es jedoch sehr wahrscheinlich zum Auseinanderfallen der Regierungskoalition gekommen und damit zu Neuwahlen. Daran konnten die drei Regierungsparteien kein Interesse haben.

Die Regierungskoalition wackelt weiter

Durch die Ernennung einer neuen Regierungsmannschaft wählte der Präsident einen dritten Weg. Obschon er den Rücktritt des Ministerpräsidenten und des Innenministers erzwang, blieben einige weitere politisch umstrittene Minister in der Regierung, so etwa der Arbeitsminister Ján Richter (Smer-SD) und der von der Slowakischen Nationalpartei nominierte Verteidigungsminister Peter Gajdoš. Die Entpolitisierung der Polizei und der Staatsanwaltschaft, die Ermittlung in unaufgeklärten Kriminalfällen (Morde, Korruption, organisierte Kriminalität) oder ein Wechsel in der Polizeileitung bleiben politische Versprechen. Der Präsident verkündete zwar, auf ihre Einhaltung zu pochen. Doch solange die Regierung ihre Parlamentsmehrheit nicht verliert, sind seine Möglichkeiten beschränkt. Für einen Teil der Organisatoren der

Bürgerproteste war dieses Ergebnis eine Enttäuschung. Die Veränderungen werden als kosmetische Korrekturen gesehen – es ändert sich etwas, damit nicht alles verändert werden muss. Der Präsident agierte allerdings im Rahmen seiner politischen Möglichkeiten. Hätte er diese überschritten, so hätte dies für das slowakische politische System langfristige Konsequenzen haben können.

Die Regierungsumbildung hat die politische Situation teilweise entspannt. Für die Koalitionsparteien sind Neuwahlen angesichts sinkender Umfrageergebnisse zwar politisch nicht günstig. Das bedeutet jedoch nicht, dass sie nicht kommen könnten. Mit jedem neuen Korruptionsfall droht der Koalition der Verlust der Parlamentsmehrheit. Der Smer-SD kann eventuell auch einer ihrer Koalitionspartner »das Genick brechen«, wenn diese versuchen, Neuwahlen für sich taktisch zu nutzen.

Rechtsextreme und konservativ-nationalistische Kräfte profitieren

Die politische Krise verursachte laut Umfragen Verluste für die Regierungskoalition – das betrifft jedoch ausschließlich die Parteien Smer-SD und Most-Híd. Die Zustimmung für die nationalistische Slowakische Nationalpartei (SNS), den dritten Koalitionspartner, hingegen steigt. Ursache hierfür könnte sein, dass ein Teil der bisherigen Smer-SD-Wähler_innen zur SNS wechselt. Unterschiedlich ist auch die Position der beiden Oppositionsparteien SaS und OLANO (»Gewöhnliche Leute«), die im Europäischen Parlament beide der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR), angehören. Während die SaS einen Zuwachs um etwa einen Prozentpunkt verzeichnet,

fällt die OLANO um einen Prozentpunkt. Den Umfragen zufolge profitierten bislang am meisten die Antisystempartei Sme Rodina (»Wir sind eine Familie«) unter Boris Kollár und die neofaschistische Partei Kotlebas, die LSNS (»Unsere Slowakei«).

Die Verschiebungen in den Umfragen lassen jedoch keine verlässlichen Aussagen darüber zu, wie das Ergebnis von Neuwahlen aussehen könnte, falls diese zu einem frühen Termin, etwa im Herbst dieses Jahres, stattfinden würden. Das hängt mit mehreren Faktoren zusammen. Zum einen fand die Umfrage im März zu Beginn der Krise statt; deren Effekt wurde daher nicht komplett abgebildet. Zum anderen wird in einem zukünftigen Wahlkampf auch wichtig sein, wie die einzelnen Parteien es schaffen, den Kern ihrer Wählerschaft zu mobilisieren. Die Partei Smer-SD könnte versuchen, die Umstände eines Regierungsturzes und seine »Unfairness« zu nutzen und gegebenenfalls auch die nationalistische Karte spielen (Krisenorganisation vom außen/»aus dem Ausland«).

Eine wichtige Unbekannte bleibt zudem, wie Präsident Kiska und die Organisator_innen der Proteste – zwei wichtige überparteiliche Akteure der politischen Krise in den letzten Wochen – sich zu Neuwahlen positionieren würden. Ihre Unterstützung (oder Ablehnung) einer der Parteien könnte das Wahlergebnis deutlich beeinflussen.

Smer-SD – Quo vadis?

Den höchsten Preis in der aktuellen politischen Krise bezahlt die Partei Smer-SD: Sie ist zur Zielscheibe der Kritik sowohl der Protestierenden als auch der Opposition geworden; einige ihrer hohen Funktionäre mussten die Regierung verlassen, darunter Ministerpräsident Robert Fico. Den Umfragen nach fällt die Beliebtheit dieser Partei am stärksten. Das wird wahrscheinlich auch die weitere Entwicklung und den Charakter der Partei in der Zukunft beeinflussen. Obschon die Partei für slowakische Verhältnisse über eine vergleichsweise breite Mitgliederbasis verfügt, werden Entscheidungen über personelle und inhaltliche Fragen vor allem von der engeren Parteiführung getroffen, insbesondere von ihrem Vorsitzenden Robert Fico. Und auch wenn an der Mitgliederbasis Stimmen für die Notwendigkeit der Erneuerung der Partei laut wurden, ist die Wahrscheinlichkeit eines »Erfolgs von unten« eher gering.

Politische Partei	% Entschlossene (März 2018)	% Entschlossene (Januar 2018)
Smer-SD	20,2%	25,5%
SaS	14,0%	13,1%
OLANO – NOVA	10,4%	11,4%
SME RODINA – Boris Kollár	10,4%	9,0%
Kotleba – LSNS	10,1%	8,1%
SNS	10,0%	8,6%
KDH	7,0%	7,4%
MOST-HÍD	5,6%	5,7%

(Umfragewerte der politischen Parteien, Agentur FOCUS)

Das Personalproblem der Partei hängt auch mit dem »Manager-Stil« der Parteiführung von Smer-SD zusammen. Die Partei wird nach außen von einer relativ geschlossenen Gruppe politisch exponierter Vertreter_innen sowie von einigen auf der lokalen Ebene bekannten Persönlichkeiten repräsentiert. Es fehlt eine jüngere Kader-Generation, insbesondere Persönlichkeiten mit Fachertahrungen, die in der Lage sind, die gegenwärtige Parteispitze zu ersetzen. Diese beiden Faktoren begrenzen sehr deutlich die Möglichkeiten einer personellen und programmatischen Erneuerung innerhalb der Partei. Viel wahrscheinlicher ist ein schrittweise erfolgreiches Ausscheiden einzelner Mitglieder.

Was die programmatische Ausrichtung betrifft, wird es entscheidend sein, ob es gelingt, die umgebildete Regierung von Smer-SD, Most-Híd und der Slowakischen Nationalpartei zu halten. Nachdem sich die Situation beruhigt hat, wird Smer-SD wahrscheinlich versuchen, zumindest formell zu ihren bisherigen Positionen zurückzukehren: Stabilitätsgarantie, Schutz vor Extremen und pro-europäische Orientierung. Eine Trennung der Posten des Ministerpräsidenten und des Parteivorsitzenden (und des zukünftigen Spitzenkandidaten) macht es einfacher, gegenüber europäischen Partnern einerseits und den Wähler_innen andererseits unterschiedliche Positionen zu vertreten, wie Fico und seine Partei es bereits in der Vergangenheit getan haben. Nach außen können sie als ein kritischer, aber konstruktiver Partner auftreten, der die Verstärkung der europäischen Integration befürwortet. Den Wähler_innen hingegen können nationalistische Botschaften kommuniziert werden, zum Beispiel die Vermutung, dass die politische Krise von »ausländischen Kräften« initiiert wurde, die den Doppelmord ausnutzten, um eine Regierung zu schwächen, die sich für die »Interessen der Slowaken« einsetzt.

Falls schließlich das Szenario der Neuwahlen eintritt, wäre eine solche Neigung zum nationalistischen Populismus noch wahrscheinlicher. Im Kampf um die Stimmen der Kernwählerschaft scheinen die Slowakische Nationalpartei, die Antisystempartei Sme Rodina und die extremistische LSNS die Hauptkonkurrenten von Smer-SD zu sein. Gleichzeitig würde das mit hoher Wahrscheinlichkeit den Verlust jener »progressiven« Wähler_innen bedeuten (im slowakischen Kontext definiert sich dies eher durch die Unterstützung von westlichen, liberalen Werten und europäischer Orientierung als von sozialdemokratischen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Prinzipien),

die Smer-SD bei den Wahlen 2012 und teilweise auch 2016 als »geringeres Übel« unterstützt haben – als eine Alternative zu der schwer lesbaren Politik von OĽANO bzw. zu dem explizit euroskeptischen Kurs von SaS unter Richard Sulík.

Fraglich ist, wen diese Wählergruppe politisch unterstützen würde. Hinsichtlich des politischen Programms wäre ihnen Most-Híd am nächsten. In der Partei herrscht jedoch eine innerparteiliche Krise und die Koalitionszusammenarbeit mit der Smer-SD hat sie teilweise disqualifiziert. Alternativen könnten die SaS und OĽANO werden, vor allem, wenn die Korruption und die Person Robert Fico den Wahlkampf thematisch dominieren. Eine dritte Möglichkeit wäre eine der neuen politischen Organisationen, die in den letzten Monaten auf der politischen Szene aufgetaucht sind und die eine sozialliberale und europäische Position vertreten (»Spolu – Občianska demokracia« und »Progresívne Slovensko«). Diese Alternative ist bisher sehr hypothetisch – die Sympathiewerte dieser Gruppen bewegen sich bei unter zwei Prozent und auch die politische Krise brachte bis jetzt keine große Veränderung. Auf der anderen Seite zeigt die Erfahrung, dass die volatile politische Szene und der hohe Anteil der unentschlossenen Wähler_innen in der Slowakei bei jeder Parlamentswahl Raum für mindestens eine neue oder bislang nicht im Parlament vertretene Partei bietet, und das sogar mit Werten bis zu zehn Prozent.

Der März 2018 hat die Slowakei politisch verändert. Die Rufe nach einem »anständigeren Land«, ohne Korruption und Missbrauch öffentlicher Posten, sind lauter als je zuvor. Zum ersten Mal in der modernen Geschichte führten die öffentlichen Proteste direkt zum Rücktritt eines Ministerpräsidenten und eines wichtigen Ministers. Falls eine Entpolitisierung der Polizei und der Staatsanwaltschaft, eine lange überfällige Reform der Justiz und mehr Transparenz bei den politischen Parteien folgten, könnte dies den Anfang einer positiven Veränderung bedeuten. Ein Risiko stellt jedoch die Reduzierung der aktuellen Probleme der Slowakei allein auf die Person Ficos und die Partei Smer-SD dar. Es ist wichtig, politische Konsequenzen zu ziehen. Um ein »anständiges« und sozial gerechtes Land zu schaffen, reicht dies aber nicht aus.



Über den Autor

Dr. Radovan Geist ist Mitgründer und Herausgeber des Politikportals EurActiv.sk. Er kommentiert regelmäßig EU-Themen in slowakischen Medien und lehrt Politikwissenschaften an der Comenius-Universität in Bratislava.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Matthias Jobelius, Leiter, Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: +49-30-269-35-7726 | Fax: +49-30-269-35-9250
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen/Kontakt:
info.moe@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN
978-3-96250-093-1